№. 112. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Görlitz, Sonnabend den 21. September 1850.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 16. Sept. Der Kurfürst v. Hessen, so wird berichtet, ist gestern Abend hier eingetroffen. Damit ist das tragische Lustspiel, dessen erste Acte in Kassel spielten, zu einer neuen Verwickelung und Entwickelung fortgeschritten. Wer mochte denken, als Se. Königl. Hoh. Friedrich Wilhelm I. im Morgennebel nach Hannover abfuhren, daß der Zweck dieser Reise sei, nach Frankfurt zu gelangen? Nach Norden gehen, um im Süden anzukommen, das gleicht einer kriegerischen List oder einer unkriegerischen Furcht. Wahrscheinlich wollte man nicht bei der jetzigen Stimmung des Volkes den kurhessischen Landweg über Fulda, noch den großherzogl. hessischen über Gießen und Friedberg wählen, wo die Unartigkeit bei Begrüßungen mancher erlauchten Durchreisenden eine Gewohnheit scheint. Aber nicht genug mit dieser Lächerlichkeit, auch alles Andere, so großartig begonnen mit Proclamationen und Verordnungen, zerplatzt wie eine Seifenblase. Der Kriegszustand aufgehoben und damit thatsächlich der rechtswidrigen Steuererhebung entsagt; damit ist man beim Ausgangspunkte wieder angekommen, und hat alle Großthaten umsonst gethan. Daß Hassenpflug so gut wie abgedankt ist, ergiebt sich hieraus klar, wenn auch nicht andere Nachrichten es bestätigten.

Frankfurt, 17. Sept. Die Absichten der „Großdeutschen" enthüllen sich immer mehr. Es scheint, daß der Kurfürst von Hessen in's Verderben getrieben ist, um einen anderen Plan ausführen zu helfen. Gestern ist über die eventuelle Abdankung des Kurfürsten verhandelt worden; man hat sie als einzigen Ausweg bei höchster Gefahr bezeichnet. Der Kurfürst ist mit dieser Ansicht einverstanden, erklärt aber in Uebereinstimmung mit seinen österreichischen und baierischen Rathgebern, die Regierung nur zu Gunsten des Großherzogs von Hessen niederlegen zu wollen. Die näheren Agnaten erheben dagegen lauten Widerspruch, nichts desto weniger wird versichert, daß deren Einwendungen von Oesterreich „zu beseitigen sein würden." Unterhandlungen über diesen Gegenstand sind in vollem Gange, und wir werden vielleicht urplötzlich durch ein Resultat überrascht, auf welches in aller Stille, aber mit großem Eifer schon seit lange hingearbeitet wird. Dann allerdings würden die Verwickelungen in Kurhessen unter einen neuen historischen Gesichtspunkt fallen. — Heute haben die preußischen Truppen Bockenheim und die übrigen Garnisonsorte auf kurhessischem Gebiete verlassen und sich in die benachbarten nassauischen Ortschaften begeben. Die Regierung Kurhessens wird jetzt in Bockenheim mit großer Hast, wahrscheinlich aber nur auf kurze Dauer etablirt. Die Minister haben erklärt, sie würden ihr Domicil hier in Frankfurt behalten. Eine Wirthschaft, die selbst zu niedrig für den Spott, beinahe sollte man sagen, auch zu elend für die Verachtung ist.

Berlin, 15. Septbr. Es ist jetzt außer Zweifel, daß Fürst Schwarzenberg sich lebhaft um die Anerkennung des Bundesclubs als Bundestag in England bemüht hat. Vor der Entscheidung über diesen Wunsch konnte daher auch keine Antwort auf die den Bundestag verwerfende preußische Depesche erfolgen. Lord Palmerston hat die Ernennung eines Gesandten bei der jetzigen frankfurter Versammlung für etwas zu früh erachtet und warten zu wollen erklärt, bis ein deutsches Central-Organ alle Bundesstaaten repräsentire. Bei den Einzelstaaten wären ja besondere Bevollmächtigte dafür ernannt. Es läge in dem Wunsche Englands und der Großmächte, daß zwischen Preußen und Oesterreich eine Verständigung eintrete; einmischen würde sich jedoch England nicht in die innern Angelegenheiten Deutschlands, zumal Palmerston eigentlich doch eine klare Anschauung der obwaltenden Rechtsfragen fehle. So etwa soll der Lord sich haben vernehmen lassen. Wir ziehen aus dieser Andeutung die Folgerung, daß das wiener Cabinet den Engländern ein Pathen-Amt bei der feierlichen Einsegnung des Bundesclubs angetragen hatte. Vielleicht ist Rußland freundlicher, auch Frankreich sagt wohl zu; wenigstens lassen die Wühlereien des Ritters Persigny in der französischen Presse darauf schließen. Dieses Preußen, dieser Parvenu, ist gar nicht nach alt-französischem Geschmack — zu jung, zu unerfahren im Rathe der Großen. Hr. v. Persigny ertheilt ihm im „Constitutionell" Nr. 253 Unterricht in der Politik, und gibt ihm den Rath, wie es durch eine gute Führung sich vor Demüthigung und Vernichtung seines Einflusses bewahren könne. Das angewiesene Mittel ist so einfach, so leicht — nur „die Rückberufung aller der Revolutions-Regierung in Schleswig geliehenen Offiziere und Soldaten und die Verweigerung der Unterstützung für die dortigen Rotten von Demagogen und Clubrittern." War Hr. v. Persigny vielleicht auch ein Eid- und Wortbrüchiger gegen Ludwig Philipp, daß er durch frommes Perrückenthum seinen Fehltritt gut zu machen gedenkt? Vielleicht ist der junge Mann so freundlich, seine historischen Kenntnisse durch die Belehrung zu erweitern, daß in den Herzogthümern die ältesten adligen Familien für das Recht im Felde stehen, daß Beleidigungen des königlichen Feindes hart durch die Gerichte bestraft werden, und daß es dort keine Pöbelbanden wie in Paris gibt, welche ihren Herzog absetzen, verjagen, wohl auch ermorden konnten. Der edle Franzose thäte wohl, an die eigene Nase zu fassen.
[K. Z.]

Berlin, 16. Sept. Ueber die rücksichtlich Kurhessens gefaßten Beschlüsse des Ministerrathes erfahren wir aus guter Quelle folgendes Genaueres: Es ist beschlossen worden, in Kurhessen nicht anders zu interveniren, als wenn Seitens einer anderen Macht auf irgend eine Weise militairisch eingeschritten würde. Die preußische militairische Intervention

würde alsdann weder zu Gunsten des Kurfürsten noch der Opposition geschehen, sondern lediglich diejenigen Interessen wahren, die Preußen in Folge seiner dortigen militairischen Rechte zustehen. Es soll auch bereits demgemäß der kurhessischen Regierung communicirt sein, im Falle fremde Truppen in Hessen einrückten, werde Preußen sofort die ihm zugesicherten, durch Hessen gehenden Etappenstraßen besetzen und anderweitige Truppen dieselben nicht passiren lassen. Man wird hierbei also die Unions-Frage vorläufig ganz aus dem Spiele lassen und sich rein auf dem Boden der Vertheidigung eigener Rechte halten. Das Ministerium befindet sich nämlich, wie behauptet wird, im Besitz von Notizen, aus welchen hervorgeht, daß die kurhessische Sache weit angelegt und viele Zwecke zugleich zu erreichen bestimmt sei, daß von vielen Seiten auf die Unmöglichkeit, die Sache mit den der Regierung zu Gebote stehenden Kräften (in Anbetracht der Vereidigung des Militairs auf die Verfassung) auszufechten, gerechnet und die Mitwirkung und Besetzung durch verbündete Truppen einer der Hauptzwecke sei. Die Verfügung des Bundestages über militairische Kräfte und die Ergänzung einer Autorität auf diesem Wege sei damit erwiesen und gesichert; das sei aber noch das Geringste, die Hauptsache dagegen das Paroli auf die preußische Besetzung von Baden. Wenn man wolle, so könne man, was in Kurhessen veranlaßt worden, einfach als einen Schachzug betrachten. Es sei das indirecte Mittel, um Preußen zum Aufgeben Badens zu vermögen. [Köln. Z.]

Berlin, 17. Sept. Nach zuverlässigen Mittheilungen ist man hier davon unterrichtet, daß von einer Seite, die wir nicht näher zu bezeichnen brauchen, in diesem Augenblicke bedeutende Geldmittel und gewissenlose Agenten verwandt werden, um Hessen-Kassel zu demokratischen Demonstrationen zu bringen. Namentlich geht die Absicht dieser Partei dahin, es zu bewirken, daß der ständische Ausschuß sich zu einem sogenannten provisorischen Vollziehungsausschuß constituire.

Berlin, 18. Sept. Das „Corr.-Bur." meldet über die kurhessischen Verhältnisse Folgendes: „Wir haben bereits mitgetheilt, wie der König von Hannover im Einverständniß mit seinem Ministerium eine militairische Hülfsleistung vorerst abgelehnt habe. Der Adjutant des Kurfürsten, Hr. v. Eschwege, derselbe Offizier, der auch in Sanssouci war, erhielt zuerst den ablehnenden Bescheid, den auch der Kurfürst trotz seiner persönlichen Anwesenheit in Hannover nicht rückgängig zu machen vermochte. Man verwies hier mit der dem hannoverschen Ministerium eigenen Zähigkeit auf den Bundestag. Baiern hat sich in gleicher Weise gegen die kurhessische Regierung ausgesprochen. In Frankfurt haben der Kurfürst und seine Minister mit dem Grafen Thun und Hrn. v. Kübeck Besprechungen gehabt. Während dieser Conferenzen traf aus Kassel ein Courier der preuß. Gesandtschaft ein, welcher dem kurfürstl. Minister v. Baumbach die preuß. Depesche überbrachte, durch welche, wie bereits gemeldet, notificirt wird, Preußen werde die ihm zugesicherten Etappenstraßen decken und nicht zugeben, daß fremde Truppen sie passirten. In Folge dieser Depesche fand bei dem im gräflich Schaumburg'schen Hotel wohnenden Kurfürsten eine Berathung statt, welcher Graf Thun, Hr. v. Kübeck, Hr. Detmold und andere Bevollmächtigte beiwohnten. Graf Thun soll die Versicherung ertheilt haben, daß Oesterreich die kurfürstliche Regierung unterstützen werde. Der engere Bundesrath werde sofort einen Entscheid in der kurhessischen Angelegenheit fällen. Es scheint, daß Hannover von Frankfurt aus gewisse Weisungen bekommen habe. Es sind bereits Märsche gegen die Grenze vorgenommen, anderweite Truppenmärsche sind angeordnet."

— Es wird heute wiederholt berichtet, daß die Huldigung der Fürstenthümer Hohenzollern noch jetzt während der Anwesenheit des Prinzen von Preußen in Süddeutschland, der durch Substitution den König vertreten würde, stattfinden solle.

— Endlich ist der gefürchtete Schmuggleranführer Raudons Krotinus in Rußland eingefangen und befindet sich im Gefängnisse zu Tauroggen. Er wurde durch den Inspector eines russischen Gutes überrascht, als er der Ruhe pflegte. Die russische Krone hat 1000 Silberrubel auf seinen Kopf gesetzt, die sich der Inspector wohl verdient haben wird, auch soll er nicht wie ein gemeiner Verbrecher durch Abscheeren seines Haupthaares gebrandmarkt, sondern im vollen Besitz seiner Kopf- und Barthaare verbleiben und ohne alle Veränderung seiner Kleidung nach Petersburg transportirt werden.

Berlin, 19. Sept. Auf die kürzlich erwähnte und von uns besprochene Adresse einiger Deputirten um Einberufung der Kammern ist nunmehr die Antwort des Ministeriums erfolgt; sie ist „An die Mitglieder und Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer" zu Händen des Herrn Grafen Dyhrn adressirt und lautet:

„Ew. Hoch- und Wohlgeboren Vorstellung vom 20. v. M., worin Sie beantragen, daß so schleunig als möglich die preußischen Kammern einberufen werden möchten, ist Seitens des Staatsministerii an mich, um die Herren Antragsteller zu bescheiden, abgegeben worden.

In Folge dessen habe ich die Ehre, Ihnen Nachstehendes zu eröffnen:

Die Frage, wann Sr. Majestät dem Könige angerathen sei, die Kammern einzuberufen und welcher Zeitpunkt zum Zusammentritt derselben innerhalb der verfassungsmäßigen Frist auszuwählen sei, ist auch ohne die Erinnerung der Herren Antragsteller Gegenstand der gewissenhaftesten Erwägung des Staats-Ministerii gewesen; es sind dabei die Verhältnisse des Staates im Innern und seine Beziehungen zum Auslande nach allen Richtungen hin in Betracht gezogen worden, und in der Vorstellung vom 20. v. M. ist keine Thatsache angeführt, welche bei den bezüglichen Berathungen außer Acht gelassen worden wäre.

Da es nun bei der Entschließung hierüber lediglich auf die pflichtmäßige Ueberzeugung des Staats-Ministerii, welches für seine amtlichen Handlungen und seine Unterlassungen verantwortlich ist, ankommt, so hat aus der gedachten Vorstellung kein Grund entnommen werden können, die Absichten der Regierung in dieser Beziehung zu ändern. Diese Absichten öffentlich auszusprechen, liegt mir zur Zeit nicht ob, wie ich denn auch eines nähern Eingehens auf den Inhalt der Eingabe vom 20. v. M. mich enthalten zu dürfen glaube.

Dagegen versteht es sich von selbst, daß das Ministerium bereit sein wird, zu seiner Zeit den versammelten Kammern die Gründe seiner Handlungsweise darzulegen. Berlin, den 14. September 1850.

(Ref.) Der Minister des Innern. (gez.) Manteuffel."

— Das Publikum erleidet durch die jetzigen kurhessischen Zustände beim Umsatz der dortigen Landes-Kassenscheine bedeutenden Nachtheil; fast überall verweigert man die Annahme, die Banquiers setzen sie nur gegen bedeutendes Agio um.

Breslau, 19. Sept. [Christkatholische Synode.] In derselben waren 29 Gemeinden durch 33 Deputirte vertreten, welche vom 14. bis 16. d. hier tagten. In der ersten Sitzung constituirte sie sich und setzte die Tagesordnung fest. In der zweiten wurde die Union der christkatholischen und freien Gemeinden Schlesiens berathen; in der dritten Sitzung wurde das Verhalten der Gemeinden und ihre Stellung zum Staate bestimmt; in der vierten und letzten Sitzung wurde der Antrag der freien Gemeinden, „in dem Gesammt-Vorstande der christkatholischen Gemeinden Preußens je nach den Provinzen sich durch ein bevollmächtigtes Mitglied dem Staate gegenüber mit vertreten lassen zu können", angenommen. Auch ein Provinzialschiedsgericht wurde festgesetzt und die Wählbarkeit der Frauen zu allen Gemeinde-Aemtern gestattet. **Die Synode ist jedenfalls durch Anerkennung der Nothwendigkeit der Union und durch ihre zu deren Verwirklichung gethanen Schritte eine der wichtigsten.**

München, 14. Sept. Die neuesten Nachrichten erklären, daß die an der Westgrenze aufgestellte Brigade nur zum Schutze Baierns bestimmt sei, keineswegs zum Einrücken in Kurhessen.

Dresden, 17. Sept. Wie wir so eben hören, sind einer Ministerialverordnung zufolge vom 1. Octbr. an die Wachtposten auf der Brücke und vor den Staatsgebäuden, welche bis jetzt vom Militair besetzt wurden, durch die Polizei zu besetzen. Natürlich stellt sich nun die Zahl der Polizeimannschaften als zu gering heraus, und dürften dieselben vermehrt werden müssen.

Mehre in Leipzig in Untersuchung befangene Mairebellen sind, wie man hört, begnadigt worden. Es sind: der Strumpfwirkermeister Münder, Antiquar Jänich, Kaufmann Schindler, Schneider Martius und der ausgewiesene Arbeiter Schwenniger.

Karlsruhe, 16. Sept. Die Volkskammer beantragt unverzügliche Auszahlung der den Herzogthümern Schleswig-Holstein schuldigen Gelder.

Darmstadt, 17. Sept. Die Volkskammer beantragt die alsbaldige volle Auszahlung der den Herzogthümern Schleswig-Holstein schuldigen Gelder.

Kassel, 16. Septbr. Nachdem auch die berliner Kreuz-Zeitung Hrn. Hassenpflug aufgibt, weil derselbe sein Attentat auf die Verfassung so ungeschickt angefangen und nicht Muth genug gehabt, es durchzuführen, scheint der Fall dieses politischen Abenteurers entschieden zu sein. Nach einigen aus Orten an der Bahnlinie von Hannover nach Köln heute hier eingelaufenen Privatbriefen haben fast auf allen Eisenbahnstationen, namentlich aber in Minden, Demonstrationen durch Pfeifen, Rufe ꝛc. gegen den Kurfürsten stattgefunden.

Es wird erzählt, daß der Kurfürst vor der Abreise mit Hassenpflug einen heftigen Wortwechsel gehabt hat, der mit einer Nachgiebigkeit des Kurfürsten endete, als Hassenpflug ihm sagte: „Dann geben Sie mir mein Geld, Königl. Hoh., und ich gehe." Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß die Staatskasse sich so weit restaurirt hat, daß mit dem 1. October sämmtlichen Staatsdienern ihr Gehalt ausbezahlt werden kann und wird. Zum Schluß noch eine Anekdote. Vor dem Leipziger Thore, welches

der Kurfürst auf seiner Reise nach Hannover passirte, steht hart an der Chaussee ein Wegweiser. Auf den einen Flügel desselben, der nach Münden weist, hatte Jemand geschrieben: Weg nach Bockenheim.

Kassel, 17. Sept. Die Ministeranklage gegen Mißbrauch der Amtsgewalt ist vom Ober-Appellationsgericht zurückgewiesen worden. — Mehre höhere, auch Subalternbeamte sind in's Hanauische beordert, wo sich die Minister einzurichten suchen.

Kassel, 17. Septbr. General Bauer ist jetzt wirklich ernstlich erkrankt.

Endlich haben wir Gewißheit darüber erhalten, wo die drei Leute, welche ungeachtet des Widerwillens, der im ganzen Lande mit jedem Tage gegen sie steigt, sich die kurhessische Regierung nennen, niederlassen wollen. Weder Hanau noch Bockenheim sind die glücklichen Oerter, sondern Wilhelmsbad, belegen hart an der Eisenbahn, eine Viertelstunde von Frankfurt. Der Generalstab dagegen ist nach Bockenheim beordert, wohin das Militair, dessen bevorstehenden Abmarsch man so viel als möglich zu verheimlichen sucht, erst am Donnerstag aufbrechen wird. An diesem Tage rückt ein Bataillon Garde, am folgenden das andere aus. Beide werden wohl vermittelst der Eisenbahn an den Ort ihrer Bestimmung befördert werden. Graf Hartig und Herr v. Kübeck, die österreichischen Diplomaten, sind heute abgereist, ersterer nach Frankfurt, letzterer nach Dresden. Hr. v. Kübeck hat noch vor seiner Abreise die Nachricht zu verbreiten gesucht, als ob er Hrn. Hassenpflug von seinen Maßnahmen abgerathen hätte. Diese Mühe war jedoch eine vergebliche; denn jeder Kundige hat die Intriguen, welche Kübeck und Hassenpflug, die Vertrautesten des Kurfürsten, anzettelten, so durchschaut, daß jede Versicherung einer Unschuld als unwahr aufgenommen werden muß.

Aus Meklenburg, 17. Septbr. Im ganzen Lande herrscht die größte Ruhe, doch bereitet die Linke der letzten Kammer ihren Widerstand gegen die Maßregeln der Regierung vor; dieselbe erklärt nämlich diese letzten Vorgänge für einen Verfassungsbruch und fußt nach wie vor auf dem §. 99. des Staatsgrundgesetzes, nach welchem die Kammer am 24. d. M. wieder zusammentreten müßte.

Schleswig-Holstein'sche Angelegenheiten.

Aus Schleswig-Holstein, 17. Sept. Wenn ich Ihnen die Versicherung geben zu dürfen glaubte, daß in der jetzt zusammengetretenen Landesversammlung die verschiedenen Parteien in der äußeren Gefahr, in dem Kampfe nach Außen eine Einigung finden, daß sie Angesichts der bedrohten Existenz des Landes ihre Partei-Interessen fahren lassen werden, daß namentlich die Linke den übrigen Parteien mit gutem Beispiele vorangehen und ihnen die Hand reichen werde, so hat der Erfolg gelehrt, daß ich mich in der Beurtheilung der großen Mehrzahl der Vertreter unseres Landes nicht geirrt habe. Die äußerste Rechte, die an ihren Feudalrechten klebende, in ihren Standesvorurtheilen verkümmerte Junkerpartei war es, die zuerst die eigenen Interessen vorschob und dadurch, hier wie überall, das ärgerliche Schauspiel bot, daß ihr das Standesvorrecht mehr gelte, als das Heil und die Freiheit des Vaterlandes. Wohl eben dadurch veranlaßt, daher den Impuls nehmend, trat auch die äußerste Linke mit ihren Parteiforderungen hervor und wollte von innen die Freiheit des Volkes sichern, während sie von außen so sehr gefährdet ist.

Die letzthin bei der vorübergehenden Besetzung Eckernförd's durch die Schleswig-Holsteiner von dänischer Seite gegen die Gefion bewiesenen feindlichen Absichten sind Veranlassung zu einer energischen Erklärung Seitens der preußischen Regierung geworden, indem nämlich in Folge einer Berathung innerhalb des Staatsministeriums dem Hrn. v. Werthern nach Kopenhagen eine Depesche zugesendet worden ist, worin ihm aufgegeben wird, der dänischen Regierung zu erklären, daß man jeden gegen das Schiff Eckernförde (so wurde bekanntlich die Gefion nach der Eroberung umgetauft) gerichteten Angriff einem Angriffe auf deutsches Bundeseigenthum gleich erachten und demgemäß die weitern geeignet scheinenden Maaßregeln ergreifen werde.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Septbr. Vom Kriegsministerium ist gestern folgende officielle Mittheilung erschienen:

Der Feind hat am 12. Septbr. Nachmittags unsere Vorposten an mehren Stellen angegriffen. Die gegen Dorfstedt, Bennebeck, Kropp und Breckendorf vorrückenden feindlichen Abtheilungen gingen nach einem kurzen Engagement mit unsern Vorposten, welches zu keinem Resultate führte, wieder zurück. Bei Kochendorf dagegen wurde das 10. leichte Bataillon nach mehrstündigem Kampfe genöthigt, sich über Cosel zurückzuziehen, wo das 3. Jägercorps das Gefecht bis Missunde aufnahm. Die Stellung bei Missunde, welche von dem 3. Reservebataillon mit vier Kanonen unter Capitain v. Schau besetzt war und von der nördlichen Seite der Schlei durch sechs Kanonen von der Batterie Dinesen, von dem 3. Jägercorps und dem 10. leichten Bataillon unterstützt, wurde darauf vom Feinde mit vier Bataillonen, zwei Escadronen und drei Batterien angegriffen. Nach einem zweistündigen Kampfe wurde der Feind gezwungen, zurückzugehen. Durch zwei Bataillone verfolgt, wurde derselbe aus Cosel hinaus gegen Kochendorf getrieben, wo durch die Dunkelheit der Kampf abgebrochen wurde. 140 Gefangene fielen in unsere Hände. Wir bedauern den Verlust des Capitains v. Schau von der Artillerie. Verwundet sind die Capitaine: A. v. Kühle und G. F. von Möller und Lieutenant Westberg vom 3. Reservebataillon, Lieutenant v. Mörk vom 10. leichten Bataillon, die Lieutenants E. v. Dalgers und Lundbye vom 3. Jägercorps. Der Verlust an verwundeten Unteroffizieren und Gemeinen ist vorläufig auf 80 angegeben. Im Kriegsministerium, 15. Sept. 1850. Auf Befehl: Gluck, Adjutant beim Kriegsminister.

Oesterreichische Länder.

Wien, 16. Septbr. Die Rückkehr des Monarchen nach Schönbrunn dürfte am 18. über Brünn oder Ollmütz mittelst Eisenbahn erfolgen.

Von Seite der Nordbahn sind 21 Kisten geprägten Silbergeldes für Rechnung des Freiherrn v. Rothschild aus Frankfurt a. M. hierher spedirt worden und gestern angelangt.

Wien, 17. Sept. Die heutige Wiener Zeitung bringt eine ministerielle Verordnung, wodurch ungarischen und siebenbürgischen, durch den Wegfall von Roboten und Unterthansgeldleistungen verkürzten Grundherren Vorschüsse aus der Staatskasse angewiesen werden.

Wien, 17. Septbr. Ueber die kurhessische Frage lassen, abgesehen vom „Oesterr. Correspondenten", sich nur die Oppositionsjournale vernehmen. Der „Wanderer" sagt u. A. darüber:

„Die Dinge in Kurhessen werden nach den verschiedensten Richtungen ihre Wirkung ausüben. Sie verbittern den Zwiespalt Oesterreich's und Preußens, nöthigen das Bundesfragment in Frankfurt, mit der ächten Farbe zu Tage zu treten. Wahrscheinlich wird die kurhessische Catastrophe, auch bei der Hassenpflug angeblich schon zugesagten Bundeshülfe, nicht so leicht und nicht so bald — zu ordnen sein, als man vielleicht bei Entwurf dieses Planes glaubte, vielmehr einen wirklichen Abschnitt in der deutschen Verfassungsfrage herbeiführen, und den Beweis liefern, daß die Politik der karlsbader Beschlüsse, ungeachtet der scheinbaren Ermattung der Völker, eine Unmöglichkeit geworden ist.

Wien, 18. Sept. Am 12. d. M. hat die Deputation der Handelskammer von Venedig dem Herrn Ministerpräsidenten Fürsten von Schwarzenberg eine Bittschrift mit sehr zahlreichen Unterschriften der vornehmsten Handelsleute jener Stadt übergeben, in welcher dringendst um die Wiederherstellung des Freihafen-Privilegiums nachgesucht wird. Die Petitionirenden weisen auf den glänzenden Ruin dieser ehemals so blühenden Stadt hin, beklagen sich bitter über den immer mehr um sich greifenden Schmuggel und stellen, falls ihren Bitten kein Gehör geschenkt würde, den gewissen Bankerott mehrer Häuser in Aussicht. Das Ministerium hat über diese Bittschrift Rath gehalten und nach mehrstündiger Debatte beschlossen, daß „die jetzige Lage der Verhältnisse, sowie die bereits in Angriff genommenen Handels- und industriellen Reformen nicht mehr gestatten, den Freihafen in Venedig zu retabliren."

Italien.

Turin, 11. Sept. Immer mehr erbittert sich der Streit zwischen dem Hofe von Turin und dem von Rom; und unglücklicher Weise verdirbt das französische Cabinet mit den guten Diensten seiner Vermittelung und seiner schrecklichen Furcht vor dem Kriege alles; während es alles arrangiren will. Die pariser Minister sollten sich schon deßhalb nicht in die Angelegenheiten Italiens mischen, weil sie die Sitten, die Ideen unseres Volkes nicht kennen. Was in Paris für eine Beleidigung gilt, ist es nicht in Turin, Rom oder Neapel.

Frankreich.

Paris, 17. Sept. Wegen der Vorfälle bei der Rückkehr des Präsidenten ist die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

In Cagliari sind zwischen dem Erzbischof und der sardinischen Behörde Zwistigkeiten ausgebrochen. — Einem Gerüchte nach verlangt die französische Regierung die Freilassung des turiner Erzbischofs.

Religiöse Zustände in Amerika.

In Beziehung auf die Religion sind die Amerikaner noch weit hinter den Europäern zurück. Unter den zahlreichen Secten sind die Methodisten bei weitem die stärkste und erhalten durch ihren Bekehrungseifer und das fortwährende Herumreisen ihrer Geistlichen besonders in den untern Schichten der Bevölkerung fortwährenden Zuwachs. Sie behaupten eben so fest wie die Katholiken, die alleinseligmachende Religion zu haben, und sind fest überzeugt, daß Jeder, der nicht Methodist ist, vom Teufel besessen sei. Daher gehen sie auch öfters in die Häuser der Andersgläubigen und bitten unter Thränen, man möge sich doch bekehren und den Teufel austreiben lassen, d. i. Methodist werden. Eine solche Bekehrung oder das „Suchen der Religion“, wie sie es nennen, ist das Albernste, was ich je gesehen habe. Der zu bekehrende arme Sünder kommt in die Kirche vor die Armensünderbank, auf welche er sich niederwirft. Dann kommt der Prediger, beschwört den Teufel und hält eine Predigt, in welcher Hölle und Teufel so oft wiederholt werden, daß sich ein Liguorianer derselben nicht zu schämen brauchte. Während derselben wird von den Gläubigen fortwährend geseufzt und geheult, daß man glaubt, sich in einer Heerde Schaafe zu befinden. Ist die Predigt vorüber, so dreht sich der arme Sünder unter großem Geheule in einem Kreise herum, und schlägt die Hände zusammen, bis er vor Schwindel zu Boden fällt. Wenn er aus der Betäubung wieder erwacht, fragt ihn der Prediger, ob ihm Jesus erschienen sei, sagt der Sünder „Nein“, so wird er für heute als unwürdig erklärt und er muß am nächsten Tage wieder kommen, um die Religion suchen zu lassen. Diese Comödie wird so lange wiederholt, bis der arme Sünder entweder aus Dummheit, oder des ewigen Herumdrehens müde, sagt, daß ihm Jesus wirklich erschienen sei, worauf die Gläubigen in die Hände klatschen und toben, und sich fortwährend umarmen aus Freude, daß nun wieder eine Seele den Klauen des Satans entrissen ist. Die Methodisten halten auch jährlich zur Zeit, wenn die größte Feldarbeit vorüber ist, gottesdienstliche Versammlungen auf freiem Felde, welche oft acht Tage dauern. Es soll dabei recht toll hergehen und ich werde trachten, bei Gelegenheit einem solchen Meeting beizuwohnen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.
Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Lausitzer Nachrichten.

Görlitz, 19. Sept. Statt wie bisher einen vollständigen Bericht über die heutige Sitzung des Evangelischen Vereins zu geben, kann der Unterzeichnete diesmal nur eine kurze vorläufige Mittheilung machen. Die Versammlung hat sich ihrer Tagesordnung gemäß mit den Grundzügen einer evangelischen Gemeinde-Ordnung beschäftigt und ist nach einer ebenso ruhigen als ernsten und gründlichen Discussion zu einem geschlossenen, im Protocolle bereits formulirten Urtheile über dieselben gelangt. Sie will aber dieses ihr Urtheil Namens des Vereins und als Ausdruck seiner gemeinsamen Ueberzeugung in Form eines von ihm selbst zu vertretenden Berichtes veröffentlicht wissen. Die Redaction desselben übertrug sie ihrem Vorsitzenden und beschloß, daß er der nächsten, Donnerstag den 3. October abzuhaltenden Versammlung zur Genehmigung vorgelegt werden solle. Es leuchtet mithin ein, daß ein einzelnes Mitglied eine Art von Indiscretion begehen würde, wenn es vorgreifen wollte.

Carstädt.

Görlitz, 20. Sept. Heute kamen mit dem Mittagszuge die bereits gestern durch Fourirschützen angemeldeten 430 Mann Rekruten von Breslau hier an. Sie werden hier übernachten und morgen mit dem Frühzuge zunächst nach Halle zur weiteren Beförderung, wie man sagt, nach Westphalen abgehen.

X.

Görlitz, 20. Sept. Der Praelatus domesticus des Papstes, Fürst Altieri, ein jüngerer Bruder des Cardinals Altieri, der vor Kurzem im hiesigen Gasthof zum rheinischen Hof übernachtete und sich durch ein höchst auffallendes Benehmen, wie durch den steten Ruf: „Ich bin ein Fürst!“ so auszeichnete, daß Niemand ihn für einen Fürsten halten mochte, ist auf der Reise nach St. Petersburg begriffen, nachdem er schon vorher nach einander Spanien und Frankreich im Interesse kirchlicher Zwecke bereist hat.

Guben, 18. Sept. Die Verwaltung der Staatsanwalts-Gehülfen-Stelle bei den Kreisgerichten zu Frankfurt a. d. O. und Guben vom 1. Oct. d. J. ab ist dem Gerichts-Assessor Ballhorn, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Frankfurt, commissarisch übertragen worden.

Die Kreisrichter: Schmidt in Finsterwalde, Kersten in Lübben, Wilke in Cottbus, Müller in Guben, Richter in Luckau und Sturm in Sorau sind zu Kreisgerichts-Räthen ernannt worden.

Peitz, 18. Sept. Der Kaufmann Julius v. Nitsche hierselbst ist für die hiesige Stadt und Umgegend als Agent der Feuerversicherungs-Anstalt „Borussia“ zu Berlin bestätigt worden.

Kamenz, 18. Sept. Das Königl. Ministerium des Innern hat dem Amtsactuar Karl Oskar Roux hierselbst für die nicht ohne eigene Lebensgefahr und mit besonderer Anstrengung bewirkte Rettung des Barbiergehülfen Adolph Fritzsche vom Ertrinken im Elsterflusse die silberne Rettungsmedaille bewilligt.

Bekanntmachungen.

[494] **Diebstahls-Anzeige.**

Im Laufe der vorigen Woche sind aus dem Garderoben-Zimmer des hiesigen Sommertheaters ein Paar ganz neue percussionirte Pistolen mittler Größe mit braungebeizten Nußbaumschäften und sogenannter Fischhaut geziert, mit stählernen Bügeln versehen, gestohlen worden. Vor dem Ankauf dieser Waffen wird gewarnt.

Görlitz, den 18. September 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[495] Nachstehende Bekanntmachung:

Bei den Erdarbeiten an der Ostbahn können auf der Baustrecke Bromberg-Dirschau bis zum Eintritte des Winters noch geübte und gesunde Arbeiter Beschäftigung finden, sofern solche sich baldigst mit Attesten ihrer Orts- und Kreis-Polizeibehörden über ihre Heimathsverhältnisse und bisherige Führung bei dem Königlichen Baurathe Gerhardt zu Bromberg, welcher den Ankommenden die geeigneten Arbeitsstellen überweisen wird, melden.

Wir ersuchen daher, eine derartige Aufforderung schleunigst auf geeignete Weise zur Kenntniß der dortigen Einsassen zu bringen und uns gefälligst bald mittheilen zu wollen, ob wir auf einen Zugang von dort hoffen können.

Reisegelder können wir nicht bewilligen und müssen uns ausdrücklich vorbehalten, kranke, arbeitsunfähige Leute sofort auf Kosten der Heimathsbehörde zurückzusenden. Bromberg, den 26. August 1850.

Königl. Direction der Ostbahn.

wird hierdurch zur Kenntnißnahme gebracht.

Görlitz, den 18. Sept. 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[496] Die Klafterholzbestände auf dem hiesigen städtischen Holzhofe sollen vom 20. October d. J. ab im durchschnittlichen Betrage von 6000 Klaftern, à 4 Thlr. pro Klafter, anderweitig auf ein oder mehrere Jahre gegen Feuersgefahr versichert werden, dergestalt, daß den Communalbehörden die freie Auswahl unter den im Wege der Submission abzugebenden Offerten und die Vertheilung der Versicherung an zwei verschiedene Versicherungsgesellschaften in zwei gleichen Raten vorbehalten bleibt. Es werden daher die Herren Agenten der hier vertretenen inländischen Versicherungsgesellschaften ersucht, ihre Offerten mit getrennter Angabe des Prämiensatzes,

wenn die Versicherung auf ein Jahr, oder

wenn die Versicherung auf mehrere Jahre erfolgt,

bis zum 30. d. M. Mittags 12 Uhr auf der magistratualischen Kanzlei versiegelt abzugeben. Die Eröffnung der Submissionen findet am 30. d. M. Nachmittags 4 Uhr im Conferenzzimmer der Forstdeputation statt.

Görlitz, den 18. Sept. 1850. Der Magistrat.

[491] Da die jetzt bestehenden Lieferungs-Contracte für Fleisch, Brod und Gemüse für das Krankenhaus, das Waisenhaus und die Zwangs-Arbeitsanstalt mit Ausgang des Octobers endigen, fordern wir hiermit Lieferungslustige auf, ihre Submissionen bis Ende dieses Monats, und zwar die für das Krankenhaus getrennt, und die für die andern Anstalten zusammen, beim Secretariat versiegelt einzureichen, und bemerken, daß die neue Lieferung wieder für ein Jahr geschlossen werden soll und daß die bisherigen Contracte bei dem Secretariate zur Einsicht vorliegen.

Görlitz, den 18. Sept. 1850. Der Magistrat.

[497] Die Prätorsche Spende „für arme, aber ausgezeichnet fromme und sittlich gute Schüler“ kommt zu Weihnachten d. J. zur Vertheilung. Gemäß der Bestimmung des Stifters, erhält jedes hierbei betheilte Kind wenigstens für einen Thaler Kleidungsstücke oder andere Bedürfnisse. Die Angehörigen solcher Bürgerschüler, welche qualificirt sind, auf jene Spende Anspruch zu machen, werden hiermit aufgefordert, sich bei dem Herrn Director Professor Kaumann bis zum 1. Dezember d. J. zur Aufzeichnung zu melden.

Görlitz, den 17. Septbr. 1850. Der Magistrat.

[487] Daß der Verkaufspreis der 4/4" starken Tischlerbreter II. Sorte auf dem städtischen Holzhofe auf Zwölf Thaler pro Schock festgesetzt worden ist, wird hierdurch bekannt gemacht.

Görlitz, den 13. Sept. 1850. Der Magistrat.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.